

Rechtsextreme Angreifer in Berlin: Ermittlungen gegen acht Verdächtige!

Nach einem rechtsextremen Angriff in Berlin ermitteln Behörden gegen mehrere Verdächtige. Durchsuchungen in mehreren Bundesländern.



In Berlin hat ein mutmaßlicher rechter Übergriff auf Mitglieder der SPD und Polizisten schwere Folgen gezogen. Am 14. Dezember kam es an einem Informationsstand der SPD am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost zu einem brutalen Angriff. Die Teilnehmer wurden zuerst beleidigt und daraufhin körperlich angegriffen, wobei sie zu Boden gerissen und mit Springerstiefeln getreten wurden. Während der Auseinandersetzung wurden auch Polizisten attackiert; einer zog sich Verletzungen durch eine Glasscherbe im Gesicht zu, ein anderer brach sich die Hand. Diese Vorfälle führten zur Einleitung umfangreicher Ermittlungen, die kürzlich in mehreren Bundesländern zu Durchsuchungen führten, wie **rbb24** berichtete. Insgesamt durchsuchten etwa 110 Einsatzkräfte

Wohnungen in Berlin, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt auf der Suche nach den Verdächtigen.

Ermittlungen und Verdächtige

Die Durchsuchungen fanden an insgesamt zehn Standorten statt, wobei die Behörden zahlreiche Beweismittel beschlagnahmten. Dazu gehörten Handys, digitale Speichermedien, Tatbekleidung sowie gefährliche Gegenstände und rechtsextremes Propagandamaterial. Gegen acht Personen wird nun ermittelt, darunter bereits vier junge Männer und weitere Verdächtige im Alter von 15 bis 21 Jahren, die an dem Übergriff beteiligt gewesen sein sollen. Laut Informationen von **faz.net** werden die Verdächtigen mit der rechtsextremen Jugendorganisation „Deutsche Jugend zuerst“ in Verbindung gebracht, die dafür bekannt ist, gewaltsam gegen politische Gegner vorzugehen. Am Tag des Angriffs soll eine Gruppe von Rechtsextremen durch Friedrichshain marschiert sein, während tausende Gegendemonstranten sich versammelt hatten.

Die schnelle Reaktion der Ermittler sowie die Festnahme von Verdächtigen unterstreichen die Ernsthaftigkeit der Entwicklungen rund um diesen Vorfall. Diese Vorfälle verdeutlichen die anhaltende Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt in Deutschland und die Notwendigkeit für eine entschlossene Reaktion der Sicherheitsbehörden.

Details	
Quellen	• www.rbb24.de • www.faz.net

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de